

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Hoffe, Gassenstein & Vogler, G. L. Daube, Javalienbank, Berlin. Bernh. Wirtz, Mar. Gerkmann, Gierfeld & Thieses, Halle a. S. Jul. Ward & Co. Hamburg. Wilhelm Witten. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Gebr. Köhler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutscher Handelstag.

Der Ausschuss des deutschen Handelstages setzte Sonnabend Vormittag seine Beratungen fort. Zunächst handelte es sich um die Frage der Sicherung des Berichterstatters Kampff (Berlin) erklärte sich der Ausschuss gegen die im Gelegetentwurf vorgesehene Lösung der Frage der Sicherung der Verhandlungen und überließ es dem Präsidium, ob die Angelegenheit auf die Tagesordnung der Plenarversammlung gesetzt werden soll. Dies wird davon abhängen, ob in Aussicht steht, daß Bundesrat und Reichstag sich noch mit dem Gelegetentwurf beschäftigen werden. Sodann kam das Hypothekendarlehen zur Besprechung. Der Ausschuss sah nach einer eingehenden Erörterung davon ab, die Beratung des vom Berichterstatter v. Pflaum (Stuttgart) in einem eingehenden Referat behandelten Gelegetentwurfes auf die Tagesordnung der nächsten Plenarversammlung zu legen, und beschloß, das Referat der Reichsregierung und den Handelstagen zur Würdigung zu unterbreiten. Den Gelegetentwurf, betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schiffhypotheken, hielt der Ausschuss für nicht geeignet zu einer Beratung durch die Plenarversammlung und beschloß, daß das vom Berichterstatter Schüller (Bayreuth) gehaltene Referat den Handelstagen durch den Stenographen zur Kenntnis zu bringen. Bezüglich des Wagnisdarlehens, insbesondere für den Sonntag, beschloß der Ausschuss, den preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten zu ersuchen, er wolle das Wagnisdarlehen für Sonn- und Festtage aufheben und dahin wirken, daß dies auch auf den außerpreussischen Eisenbahnen geschehe. Ein weiterer Gegenstand der Tagesordnung betraf die Gerichtsbarkeit in Preußen. Der Ausschuss erbat das Präsidium, Erklärungen darüber einzuziehen, welche Maßregeln etwa hinsichtlich der Neuordnung der Gerichtsbarkeit in Aussicht genommen sind, und gegen eine zu hohe Belastung von Handel und Gewerbe die geeigneten Schritte zu ergreifen. Das Fernere erklärte sich der Ausschuss dafür, daß eine einheitliche Regelung der Tageszeit für Wechselproteste für das ganze deutsche Reich zu erstreben sei. Schließlich lehnte es der Ausschuss mit Einstimmigkeit ab, die mehrfach geäußerte Beschwerde, daß die Körperkassen zur Vertretung von Handel und Gewerbe in Sachen des Schiffkassafaktors nicht in hinreichendem Maße zur Begutachtung herangezogen seien, weiter zu verfolgen.

Die Vorgänge in Frankreich.

Der von der Pariser „Aurore“ veröffentlichte Brief, in dem der „Kommandant“ Esterhazy dem Berichterstatter über das Dreyfus-Verfahren, wichtige Ausführungen über den Generalstab und namentlich über die in Nachrichtenbureau vertrieben Mißbräuche anbot, kam in keiner Weise überaus. Ebenso versteht man wohl, daß Esterhazy erklärt, er könnte diese Mitteilungen durch einen Offizier dieses Bureaus, Namens Henry, der sein Freund und Schützling sei, zugehen lassen. Jules Moys hat denn auch die Echtheit dieses Briefes vor dem Kassationshofe festgestellt. Nach dem Selbstmorde des Obersten Henry und der Flucht Esterhazys war die „Zusammenarbeit“ der beiden für jeden unbefangenen Beurtheiler völlig klar. Wie von deutscher Seite niemals bestritten worden ist, daß Esterhazy militärische Aeußen ausgesprochen hat, wird nun auch der Kassationshof die Uebereinstimmung gewonnen haben, daß Henry an den „Kommandanten“, dessen Flucht von den französischen Behörden in sonderbarer Weise ermöglicht wurde, geheim zu haltende militärische Informationen übermittelte, wofür ihn Esterhazy bezahlte. Der Selbstmord Henrys findet auf diese Weise seine ausreichende Erklärung. Sollte Henry nur die eine Fälschung begangen, in der der Name Dreyfus genannt wurde, so hätte er sich immerhin auf angebliche patriotische Absichten berufen können, um den „Schuldigen“ zu entlarven, wie dies auch von den Neu-Bourgeois versucht worden ist. Da er sich aber sagte, daß sein Verhältnis zu Esterhazy, wie es in dem Briefe an Jules Moys festgestellt wird, bekannt werden mußte, sah er sich endgültig verloren. Esterhazy und Henry waren die wirklichen Fälscher und „Verdrähten“, wobei noch die Rolle, die Dupaty gespielt hat, festgelegt werden muß. Inzwischen hält die Militärgeheimhaltung in ihrer Verbindung immer noch den einzigen heilsamen Stoff im Generalstabe als „Fälscher und Spion“ fest. Jules Claretie entwirft von diesem Charakter folgende Schilderung: „Niemand liebt und ehrt mehr als ich aus tiefer Seele die Armee, dieses Frankreich in Marschbereitschaft. Mein ganzes Leben ist ihrem Kultus geweiht gewesen. Ich habe die Befehle von 1870 verheißt, habe vor Zorn geweint, als man unsere alten Fahnen nahm, habe den vom Unglück noch nicht betroffenen Fahnen der neuen Armee angeheult. An dem Tage, wo ich, nach den Manövern bei Chateaubun, vor drei Jahren, die prachtvollen Soldaten in voller Ausrüstung vorüberziehen sah, an diesem unvergesslichen Tage hatte ich an der Offizierskaserne, zu der man mich die Ehre erwies, mich einzulassen, als Nachbarn einen jungen Mann, schlant, blond und nervös, mit leichtem effischen Accent — einen Offizier, der die Trefen eines Kommandanten trug, und von dem einer seiner Offiziere und von dem alle seine Kameraden mir damals sagten: „Sie können mit ihm von Allem sprechen, in sechs oder sieben Sprachen. Er weiß Alles. Er ist der jüngste und zweifelloste der bedeutendsten Offizier der Armee!“ Und ich verdrachte, wirklich von Allem sprechend, von Straßburg und Sedan, von den Lehren von Gettern und den Hoffnungen von morgen, von Niederlage und Revanche — ich verdrachte den Abend und den folgenden Tag mit diesem Offizier, dessen einfache, grümbliche, gebildete und tiefe Bemerkungen von den „Commentarii“ Cäsars und den „Institutionen“ des Marschalls von Sacchi zur Musik Beckhovens und den Opern Comodo, von Napoleon und Moltke zu Paul Bourget und Dumas als gingen. Es war der Kommandant Piquart. Gestern der Kolonel Piquart. Heute Herr Piquart. Mor-

gen... Und, voll Respekt vor der großen militärischen Familie, die, summa und insum, diesem Drama zuseht — will ich hier doch wie vor einem Tribunal den unübergebliebenen Eindruck bezeugen, den auf mich der glänzende Offizier von 1894 gemacht, welcher der Gefangene von 1898 geworden ist... Ein Fälscher?... Wist ihr, wer der Kommandant war, der euch auf der Straße von Courtilain am Brunnen tranken ließ, ihr bestaubten, ermüdeten, aber prächtigen Soldaten, und euch mit geräthlichen, väterlichen und guten Augen befragte? Es war ein Fälscher! Wist ihr, wer dieser schlanke Offizier war, der so stolz seine Uniform trug, und von dem sein Vorgefester, der sich darauf verstand, mir sagte: „Der da ist ein Armeeführer“?... Es war ein Fälscher! Ihr werdet es nicht glauben, Soldaten, die ihr ihn gesehen, Turtos, die ihr ihn nicht vergessen habt, und doch, es ist so! Der Kolonel Piquart hat eine Fälschung vollbracht, seine Zukunft vernichtet, auf diesen Traum des „angetretenen“ Offiziers verzichtet, als Sieger in Straßburg einzuziehen — er hat erfinden, nachgeheißt, rapirt, erschwindelt, ich weiß nicht welchen „petit bleu“. Was halt? Um einen braven Mann zu verderben, einen Mann ohne Mafel, ohne Schuß, vor dem die Soldaten noch vor wenigen Monaten das Gewehr präsentierten, und welcher heißt — der Name ist berühmt — Kommandant Piquart Esterhazy!

Für den heutigen Montag ist ein heißer Kampf im Parlament zu erwarten. In der Kammer sind vier, im Senat drei Piquart-Interpellationen angemeldet. Heute Vormittag 9 Uhr überbringt Hauptmann Guignot dem Kassationshof die Geheimkassen. Das Verhör Piquarts wird heute fortgesetzt, wobei die Fälschung der Geheimkassen bewiesen wird. Senator Fabre wird heute von Dupuy Auffklärung verlangen über seine „beachtliche Vorpiegelung“ eines Eingreifens des Kassationshofes in dem Piquart-Kasch.

Der sozialistische Abgeordnete Fourrière hat den Ministerpräsidenten davon benachrichtigt, daß er die Regierung heute interpellieren werde über die Mittel, welche die Regierung anzuwenden gedenkt, um einen möglichen Konflikt zwischen dem Kassationshof und dem zweiten Kriegsrath zu vermeiden. Der sozialistische Abgeordnete Grosset hat ebenfalls eine Interpellation angemeldet, und zwar über die Beziehungen, welche gewisse Beamte des Kriegsministeriums oder frühere Beamte desselben mit einem royalistischen Blatte gehabt haben, das heute den russischen und den österreichisch-ungarischen Botschafter in die Dreyfus-Affaire hineinzieht, wie es pörsch durch Fälschungen der deutschen Kaiser in die Angelegenheit verwickelt habe. Auf Verlangen des Kriegsministeriums freigegeben nach näheren Einzelheiten über diese Interpellation gab Grosset dieselben und erklärte gleichzeitig, er werde die Interpellation erst am Donnerstag oder Freitag einbringen, damit der Kriegsminister bis dahin Zeit habe, die nöthigen Voruntersuchungen einzuleiten.

Die Versammlung unter Vorsitz des Leiters des Pasterischen Instituts, Duclaux, ist am Sonnabend großartig verlaufen. Anatole France erklärte: Wir müssen verhindern, daß neue Ungerechtigkeiten ins Werk gesetzt werden. Wir wollen mit der Macht des Geistes gegen die brutale Gewalt kämpfen. Der Vorsitzende, Duclaux, sagte, das Kriegsgericht, welches am 12. Dezember zusammentreten wird, werde jetzt bereits als vom Generalstab beeinflusst angesehen. Verschiedene Redner machten dem Generalstab, den früheren Kriegsministern, der jetzigen Regierung und dem Präsidenten Faure heftige Vorwürfe wegen ihres Verhaltens in der Dreyfus-Affäre. Alle Redner wurden mit rauschen dem Beifall applaudirt. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in welcher erklärt wird, daß die Versammelten — weit über 2000 Personen — dem Oberst Piquart ihre Bewunderung aussprechen, weil er den Muth des tapferen Soldaten mit der Grobmut und all dem Muth des großen Würgers vereinigte. Der Antrag zu der Versammlung war so stark, daß der Saal Rue Cadet sich als zu klein erwies. Es bildeten sich auch vor dem Versammlungsorte Gruppen, an welche mehrere Führer Ansprachen hielten. Sie erklärten: Wir müssen für die Gerechtigkeit kämpfen, selbst wenn wir mit der brutalen Gewalt gegen die Macht des Gewehrs vorgehen müssen. Der Rektor der medizinischen Fakultät, Ranguis, sagte: „Wenn Piquart verurtheilt wird, dann werden seine Anhänger ihn retten. Er wird jedenfalls auf Befehl verurtheilt.“ Die Theilnehmer zerstreuten sich sodann unter den Ausrufen: „Nieder mit den Jesuiten!“ „Nieder mit Moys!“ „Es lebe Piquart!“ „Es lebe Zola!“ „Einige Anti-Dreyfusianer, die eine Gegenkundgebung organisiren wollten, wurden von der Polizei gestreut.“

In der Vorlesung an der Universität wurde Sonnabend der Professor Duison von den Studenten mit den Ausrufen empfangen: „Es lebe Duison! Es lebe Piquart!“

Aus dem Reiche.

Polnische Mäpfer melden, der Kaiser habe dem Erzbischof Dr. von Stabinski zwanzigtausend Mark zur Renovirung des Gnesener Doms überwiesen. — Unter dem Vorhabe des Herzog-Regenten Johann Albrecht von Mecklenburg fand am Sonnabend in Breslau eine Sitzung des Gesamtkönigreiches der Deutschen Kolonialgesellschaft statt. An den Kaiser wurde ein Begrüßungstelegramm gerichtet, welches derselbe wie folgt beantwortete: Den in Breslau vereinigten Vertretern der Deutschen Kolonialgesellschaft sende ich für die treue Bewahrung aus Anlaß meiner glücklichen Heimkehr besten Dank. Ich weiß, daß ich mit meinem Wirken für Deutschlands Größe auch jenseits der Meere allezeit auf die Unterstützung der Deutschen Kolonialgesellschaft rechnen kann. Wilhelm I. R. — Zum Bürgermeister von Lübeck ist der dortige Senator Dr. Klug gewählt. — In der Klinik des Professors Geh. Dr. v. Bergmann in Berlin befindet sich seit mehreren Tagen der Kommandeur der 35. Kav.-Brig. in Graudenz, Generalmajor v. Rabe, der, wie erinnerlich sein wird, bei einer militärischen Verlesung auf dem Truppenübungsplatz zu Dr. Ghan durch einen scharfen Schuß in den linken Oberschenkel schwer verletzt worden war. Die Wunde wurde zwar wieder geheilt, bei einem Erholungsurlaub in Wiesbaden trat jedoch eine Schwellung des

Beines ein, die schließlich die Ueberführung des Generals in die Bergmannsche Klinik gebot. Dort wurde eine Operation vorgenommen, die glücklich verlief. Der Kaiser hat sich über den Verlauf der Operation, sowie des Heilungsprozesses Bericht erstatten lassen. — Der um das Schulwesen hochverdiente Hofener Kreisrathsschulinspektor, Schürath Schwalbe, ist plötzlich in Folge eines Schlaganfalls gestorben. — Ein Legat von 100 000 Mk. hat der Geheimne Kommerzrath Albert Dahn, Mitinhaber des Hahnschen Wäghauswerts, der Berliner Jüdischen Gemeinde zu Gunsten des Fonds für entlassene Zöglinge des Waisenhanfes überwiesen. — Die Stadtverordneten zu Detmold bewilligten 30000 Mark zur Anlage einer Wasserleitung, für welche durch den Graf-Regenten die Verleeder Quellen der Stadt Detmold zur Verfügung gestellt worden sind. Die Quellen sind bereits erschlossen und die Wasserleitung wird im Laufe des nächsten Sommers fertiggestellt werden. Nach den Berichten über die Unternehmungen der Sanitätskommission des 7. Armeekorps soll das Wasser der Verleeder Quellen von ganz vorzüglicher Beschaffenheit sein. — Die Gesamteinahme der sächsischen Staatsbahnlinien beträgt sich bis Ende Oktober d. J. auf 105 330 999 Mk. und übersteigt damit den Einnahmebetrag des vorigen Jahres im gleichen Zeitraum um 6 324 935 Mk. — In Braunschweig wurde die Vorlage der herzoglichen Staatsregierung betreffend Einführung einer Kirchensteuer in der katholischen Gemeinde der Stadt Braunschweig in der Landesversammlung ohne Widerspruch unbenändert angenommen. Bei der Beratung des Gemeindeabgabengesetzes nahm der Landtag unter Zustimmung der Regierung einen Antrag an, welcher bezweckt, die großen Waagenhäuser und dergleichen besonders zur Gemeindesteuer heranziehen zu können.

Deutschland.

Berlin, 5. Dezember. Verschiedene Veränderungen in Regierungen-Präsidien stehen, wie dem „M. Journ.“ von gut unterrichteter Seite berichtet wird, bevor. An Stelle des Regierens-Präsidenten zu Kassel, Grafen Clairon d'Haussonville, dessen schwere Erkrankung wir bereits vor längerer Zeit melden mußten, dürfte Herr von Trost, gegenwärtig Regierens-Präsident in Koblenz, treten. Es werden aber auch noch in anderen Provinzen einige wichtige Verschiebungen eintreten, so zwei in Schlesien, theils wegen Berufung auf eine andere Stelle, theils wegen Personalveränderungen in Hannover und einer Aenderung in Westfalen. Aber auch noch bevor.

Die Prinzessin Heinrich von Preußen ist gestern in Colombo eingetroffen.

Die Prinzessin Auguste von Sachsen-Weimar königliche Hoheit ist Sonnabend Mittag 1 Uhr in Stuttgart gestorben. Die Verstorbene, Gemahlin des Prinzen Hermann von Sachsen-Weimar, war als württembergische Prinzessin am 4. Oktober 1826 in Stuttgart geboren. Ihr Vater war König Wilhelm I., ihre Mutter dessen dritte Gemahlin, Pauline, geborene Herzogin von Württemberg. Am 17. Juni 1851 vermählte sich die junge Prinzessin mit dem Prinzen Hermann und schenkte ihrem Gemahle im Laufe der Jahre 6 Kinder. Es sind die Prinzessin Pauline, jetzt verheiratete Großherzogin von Sachsen-Weimar, geboren 1852, Prinz Wilhelm, geboren am 31. Dezember 1853, Prinz Bernhard, geboren 1855, Prinz Alexander, der am 5. März 1891 seiner Mutter im Tode vorangegangen ist, Prinz Ernst, geboren am 9. August 1859, Major im Dragonerregiment Nr. 25, und Prinzessin Olga, geboren am 8. September 1869. — Das erlauchte Paar hat seit langer Zeit seinen Wohnsitz in Stuttgart gehabt; der Prinz erstreckt sich dort einer großen Popularität, während die nunmehr verheiratete Prinzessin durch ihre unbegrenzte Wohltätigkeit sich ein dauerndes Andenken gesichert hat.

Prinz Melit Manjur Mirza, zweiter Sohn seiner Majestät des Schahs von Persien, hat bekanntlich seit Ende September d. J. in Berlin Aufenthalt genommen, um sich einer Kur zu unterziehen. Der jugendliche Prinz, der den Titel Schah es Sultaneh, d. i. Strahl des Königthums, führt, ist Generaladjutant des Schahs, Oberst des seinen Namen Manjur führenden persischen Garde-Artillerieregiments und Statthalter einer Provinz. Nach glücklich beendeter Kur begibt der Prinz sich zur Erholung nach Cannes zu geben. In freierlicher Audienz ist derselbe am Freitag um 1/2 1 Uhr Nachmittags im hiesigen Schlosse empfangen worden. Die Audienz fand im Beisein des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Staatsministers v. Mülow, sowie des persischen Gesandten am hiesigen kaiserlichen Hofe, Generals Mirza Mbeza Khan, statt. Vor diesem feierlichen Akt waren der Prinz und die Herren seines Gefolges auch von Ihrer Majestät der Kaiserin empfangen worden. Zu dem Gefolge gehörten der persische Minister der frommen Stiftungen und des Geheimen Rathes, Mirza Abdurrahman Khan, Vetter und Vize-Oberstleutnant des Schahs, Prinz Schams el Müll, der Leibarzt des Prinzen, Dr. Khalil Khan, Generalarzt der persischen Armee, der Gouverneur und persönliche Adjutant des Prinzen, Generalmajor Mirza Altaber Khan, und der Flügeladjutant seiner Majestät des Schahs, General Mirza Khan, sowie der persische Botschafter in Konstantinopel, General Mirza Mahmud Khan, welcher zur Begrüßung des Prinzen Melit nach Berlin gekommen ist, und der dem Prinzen zugewiesene Sefendebelieutenant Freiherr Neubronn von Eisenburg vom 1. Garde-Feld-Artillerieregiment.

Bei dem vorgestrigen Diner beim Finanzminister v. Mülow waren die Ministerkollegen, die Staatssekretäre und die Chef des Militär- und Zivilkabinetts erschienen. Auch der Reichstagsführer Fürst Hohenhausen sowie der österreichische und der russische Botschafter waren anwesend. — Der österreichische Kaiser hat, wie nachträglich bekannt wird, die neu gestiftete Militär-Erinnerungsmedaille allen Mitgliedern foveraner Häuser, welche Regimentsinhaber oder nominelle Mitglieder der österreichisch-ungarischen Armee sind, verliehen. Der Großherzog Adolf von Luxemburg erhielt die Medaille in Gold, weil er

seit 50 Jahren Regimentsinhaber ist, während sie der deutsche und der russische Kaiser, die Könige von Italien, Sachsen, Württemberg, Rumänien, Belgien und Griechenland in Bronze erhielten.

Die Rede Thuns hat nicht nur in Frankreich, sondern auch in Ausland Jubel hervorgerufen, alle dortigen Zeitungen wollen in der Rede die Anzeichen eines baldigen Zusammenbruchs des Dreibundes erblicken. Die Vertreter der österreichisch-ungarischen Regierung werden sich bald näher über die Sache auszusprechen müssen, denn wie aus Pest gemeldet wird, hat der Abgeordnete Kossuth nachfolgende Interpellation an den Ministerpräsidenten Baron v. Banffy im Abgeordnetenhaus eingebracht: „Hat die Regierung Kenntnis davon, daß die Antwort des Grafen Thun, welche auf die Anfrage der Abgeordneten J. Janowski und Engel, betreffend die Ausweisung gewisser österreichischer Unterthanen sächsischer Nationalität, erfolgte, mit vorhergehender Zustimmung des Grafen Solmschönst ertauscht worden ist? Erklärt die ungarische Regierung mit Rücksicht darauf, daß Graf Solmschönst nicht nur die auswärtigen Angelegenheiten Oesterreichs, sondern auch diejenigen Ungarns vertritt, nicht eine Gefahr für die Innigkeit des Dreibundverhältnisses in jener ungewöhnlichen Drohung, welche Graf Thun, trotz des Versprechens der deutschen Regierung, die Beschwerde abzustellen, gegen diese gebracht hat?“

Zweck Bildung einer Ortsgruppe des Vereins zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken fand gestern in Leipzig eine zahlreich besuchte Versammlung statt, in welcher die Professoren Dr. Marcks, Dr. Lamprecht, Dr. Wislizenus und Dr. von Luboschsky sowie Oberrechtsanwalt Hamm und Major von Friedemann-Seeheim als Redner auftraten. Professor Dr. von Luboschsky führte aus, nichts stärker das polnische Nationalgefühl mehr, als die Verfolgungen, welche des Deutschthums unwürdig seien. Bei diesem Sage wurde dem Redner das Wort entzogen und unter den Ausrufen „Hinaus!“ verließ er den Saal.

In Hamburg tagende Delegirte von 39 deutschen Hochschulen beschloßen namens der deutschen Studenschaft einen Appell an das deutsche Volk zu richten, dahingehend, dem Alt-reichstanzler als Weibendes volkstümliches Denkmal in Friedrichruh und in der Nähe aller Städte, in welchen Hochschulen sind, Denkmäler zu setzen. Die ersten Schritte sollen in Stralsund und Friedrichruh eintreten.

Der Senat in Hamburg hat Bürgermeister Dr. Wöhrmann zum ersten Bürgermeister und Dr. Bersmann zum zweiten Bürgermeister für das Jahr 1899 gewählt.

Zur typischen Angelegenheit ist zu erwähnen, daß am 2. d. M. gegen den Redakteur der „Pippischen Tageszeitung“ wegen Beleidigung des Graf-Regenten in Detmold verhandelt worden ist. Die „Pippische Tageszeitung“ hat in zahllosen Artikeln die Sache des Fürsten von Schaumburg-Lippe gegen den jetzigen Regenten vertreten und den Besten wiederholt persönlich auf das schärfste angegriffen. U. A. hatte sie behauptet, der Regent habe auf Grund seiner persönlichen Bekanntschaft mit dem Redakteur der partikularistischen „Neuen Bayerischen Landeszeitung“ das Telegramm des Kaisers in die Öffentlichkeit gebracht und mit dieser Veröffentlichung das gleiche Ziel verfolgt wie mit der später an die Bundesfürsten gerichteten Denkschrift, nämlich Partikularismus und Mißthimmung unter den Bundesfürsten zu nähren. Es ist nun durch die Verhandlung, nach welcher der Redakteur des Blattes zu sechs Wochen Gefängnis verurtheilt wurde, festgestellt worden, daß der Graf-Regent von Lippe den Redakteur der „Neuen Bayerischen Landeszeitung“ nicht kennt, daß die Veröffentlichung der Depesche des Kaisers nicht nur ohne sein Zutun, sondern gegen seinen Willen erfolgt ist, und daß die Denkschrift an die Bundesfürsten nicht vom Regenten verfaßt, dagegen durch den Rath des Ministers vom Ministerialsekretär veranlaßt und vom Regenten unterzeichnet worden ist.

Wie dem „B. Z.“ aus München telegraphirt wird, wurde dort der Reichstagsabgeordnete Herr Dr. Ratzinger, bekannt als Führer des bayerischen Bauernbundes, vom Schläge getroffen. Ratzingers Zustand wird als bedenklich bezeichnet. — Nach einem weiteren Telegramm aus München wurde die vorgestrige Nummer der „Münchener Freien Presse“ konfiskirt, weil in einem darin abgedruckten Artikel mit der Ueberschrift „Friede auf Erden“ eine Majestätsbeleidigung enthalten sein soll.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 4. Dezember. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ein Handgrißreiben des Kaisers an den Ministerpräsidenten Grafen Thun. In demselben heißt es, der Kaiser habe die lokalen Rundgebungen beider Häuser des Reichsrates mit freudiger Genugthuung entgegengenommen und beauftragt den Ministerpräsidenten, die an die Präsidenten beider Häuser gerichteten Handgrißreiben des Kaisers denselben zu übermitteln. Beide Handgrißreiben, welche gleichlautend sind, befehlen, daß die ihm dargebrachte Huldigung den Kaiser mit freudiger Genugthuung erfüllt habe und der Kaiser beiden Häusern seinen warmsten Dank ausspreche. Dasselbe Blatt veröffentlicht die in Gnaden erfolgte, aus Gesundheitsrücksichten erbetene Enthebung des Marquis von Bacquehem von dem Posten eines Statthalters von Steiermark unter gleichzeitiger Verlegung in den zeitlichen Ruhestand und ferner die Ernennung des Landespräsidenten von Schlesien Grafen Glay und Abbringen zum Statthalter von Steiermark und des Statthalterbeirathes Grafen Thun-Hohenstein zum Landespräsidenten von Schlesien. Wie in militärischen Kreisen verlautet, wird Oesterreich-Ungarn mit Rücksicht auf den weiteren Heeresausbau Deutschlands und Rußlands und mit Rücksicht auf die gebotene natürliche Eintheilung des österreichisch-ungarischen Heeres ebenfalls demnächst ein neues Armeekorps zur Aufstellung bringen.

Paris, 4. Dezember. Die oppositionellen Blätter verbreiten das Gerücht, Banffy werde nunmehr bis zum 15. Januar im Ante verbleiben. Als sein Nachfolger wird der gegenwärtige Aussenminister Daranyi, als der Vertrauensmann der Tiszas, genannt.

Franreich.

Paris, 4. Dezember. Die Amerikaner ver-

langen nunmehr, daß ohne ihre Zustimmung keine der Karolinen-Inseln verkauft werden dürfe. Diese Angelegenheit, sowie das Spanien aufzunehmende spanisch-amerikanische Uebereinkommen, betreffend gewisse Rechte der in Spanien wohnenden Amerikaner, werden am Montag in der Friedenskonferenz verhandelt werden.

Der Londoner Korrespondent des „Figaro“ meldet, er sei in der Lage, zu bestätigen, daß der König der Belgier Anstrengungen mache und gemacht habe, um ein englisch-longonesisches Uebereinkommen zu erzielen und auf diese Weise einen Pufferstaat zwischen der französischen und der englisch-egyptischen Einflusphäre zu bilden. Im Auftrage des Ministers der Kolonien gehen nächsten Sonnabend zehn Aerzte und eine Anzahl Krankenwärter mit großen Quantitäten Pestserum nach Lamatare ab.

Italien.

Rom, 4. Dezember. In Regierungskreisen wird berichtet, daß der Abschluß eines russisch-italienischen Handelsvertrages baldigst bevorsteht.

Spanien und Portugal.

Madrid, 4. Dezember. Der gestrige Ministerrath beschäftigte sich mit den Friedensverhandlungen. Der Minister des Auswärtigen, Herzog von Almodovar hat einem Journalisten gegenüber erklärt, er glaube nicht, daß der Friedensvertrag vor Eröffnung des amerikanischen Kongresses würde unterzeichnet werden können. Ferner erklärte der Minister, es werde erwogen, den Storkes eine Vorlage betreffend Abschaffung des Ministeriums der Kolonien zu unterbreiten. Die in Bilbao erscheinenden Blätter melden die Auffindung von 396 Gewehren, welche von Karlisten in einem mitten im Felde befindlichen unterirdischen Räume verborgen waren. In Folge dieser Entdeckung wurden einige Karlisten verhaftet. Depeschen aus Valencia berichten, daß Truppenabteilungen gestern begonnen haben, vorrückshalber Streifzüge durch die Provinz Castellon zu machen. Die „Correspondencia“ erklärt, die Regierung habe neuerdings wegen der karlistischen Wühlereien Vorsichtsmaßnahmen getroffen.

England.

London, 4. Dezember. Zwischen Lord Salisbury und dem russischen Botschafter finden, wie in diplomatischen Kreisen berichtet wird, gegenwärtig ausgedehnte Konferenzen zwecks Verständigung über die schwedischen Fragen, besonders über die ostasiatische Frage, statt.

Von der Marine.

Nach den Forderungen des Marineministers Lotz sollen für die französische Marine im Jahre 1899 folgende Kriegsschiffe in Bau gelegt werden: 1 Panzerdampfer, 2 gepanzerte Kreuzer von je 10 000 Tons und 2 kleinen Geschwindigkeit, 2 Kreuzer von 4000 Tons und 23 Knoten, 2 Torpedojäger, 4 Hochseetorpedoboote, 11 Torpedoboote 1. Klasse und 6 Unterwasser-torpedoboote. Für die meisten dieser beabsichtigten Neubauten sind die Pläne noch nicht entworfen und es werden nun die Baukosten vorläufig angefordert. Wenn die Kammer die Forderung des Marineministers, woran nicht zu zweifeln ist, genehmigt, so sind gegenwärtig 109 Kriegsschiffe im Bau begriffen und zwar 7 Panzerdampfer, 21 gepanzerte Kreuzer, 2 Ubois, 2 Kanonenboote, 12 Torpedojäger, 12 Hochseetorpedoschiffe, 39 Torpedoschiffe 1. Klasse, 8 Unterwasser-torpedoschiffe und 6 kleine Torpedoschiffe. Die größeren Schiffe werden auf den Staatswerften, die kleineren auf den Privatwerften hergestellt, sodas diese an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt sind. Bis zum Jahre 1903 sollen alle diese Neubauten ausgeführt sein.

Arbeiterbewegung.

In Köln haben die Steinlegergesellen die Arbeit niedergelegt, sie verlangen statt bisher 35 Pf. einen Stundenlohn von 50 Pf. — In Leipzig sind im Maurergewerbe zwischen den Arbeitgeber und Arbeitnehmern dahin gehende Vereinbarungen getroffen worden, daß im nächsten Frühjahr die Lohnsätze erhöht werden sollen. Auf Grund dieser Vereinbarungen haben die Gehilfen Unterhandlungen mit den Arbeitgebern angeknüpft, um die Stellung der letzteren auch zur Erhöhung der Löhne bezug. zur Normierung eines Mindeststundenlohnes für die Bauhandarbeiter kennen zu lernen. Das Resultat der Verhandlungen wurde am Mittwoch Abend in einer von etwa 800 Personen besuchten öffentlichen Maurerverammlung bekannt gegeben. Hiernach haben die Vertreter des Verbandes der Bauarbeiter gegen die Vertretungen der Gehilfenvertreter gegenüber erklärt, daß für die Bauhandarbeiter bereits ein erhöhter Mindeststundenlohn von 38 Pf. festgesetzt worden sei, daß sie aber auch nicht abgeneigt seien, über diesen Punkt und eine weitere Erhöhung des Lohnes mit den Bauherren zu verhandeln. — Auf Bornholm sind die Bauarbeiter in den Ausstand getreten, die Zeitungen sind nicht erschienen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 5. Dezember. Der Prüfungsausschuß für den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin hielt Sonnabend in Berlin eine längere Sitzung ab, in welcher Graf Ido zu Stolberg-Wernigerode den Vorsitz führte. Es wurde unter Anderem beschlossen, noch in diesem Monat eine Sitzung des Gesamt-Ausschusses einzuberufen, um nach Anhörung zweier Vorträge, die sowohl das West-, wie auch das Ostkanalprojekt zum Gegenstand haben werden, über die ferneren geschäftlichen Verhandlungen des Prüfungsausschusses Beschluß zu fassen. Die Einladungen zu diesen Versammlungen werden den Mitgliedern des Gesamt-Ausschusses demnächst vom Vorstand, Grafen zu Stolberg-Wernigerode beziehungsweise Kommerzienrath Wirtz, zugehen.

Die Abtheilung Stettin der Deutschen Kolonial-Gesellschaft hatte in ihrer letzten Sitzung beschloßen, dem Vorstand zu empfehlen, zum Bau einer evangelischen Kirche in Dar-es-Salaam einen Beitrag zu bewilligen. Der in Breslau tagende Gesamtvorstand hat diesen Antrag abgelehnt, nachdem der Präsident,

